

Stellungnahme

Anhörung von Sachverständigen des Hauptausschusses am 18. April 2024

Keine Entmachtung der Landeszentrale für politische Bildung!

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/7198



Im Koalitionsvertrag der Schwarz-Grünen Koalition heißt es:

„Die Landeszentrale für politische Bildung werden wir strukturell und inhaltlich stärken und unabhängiger machen“.

Das Gegenteil ist der Fall.

Die vom Wissenschaftsministerium vorgenommenen Maßnahmen zur Umstrukturierung der Landeszentrale für politische Bildung hebeln die parteipolitische Unabhängigkeit der Landeszentrale aus und schwächen sie personell, finanziell und inhaltlich.

Umstrukturierungen hebeln die parteipolitischen Unabhängigkeiten aus

Die Landeszentralen für politische Bildung sind aus der „re-education-policy“ der Alliierten hervorgegangen. Nach dem Grauen des Zweiten Weltkrieges sollte die im Nationalsozialismus verstrickte und traumatisierte Bevölkerung in Deutschland auf dem Weg in die Demokratie begleitet werden. Das sogenannte Re-Education-Programm wurde aufgelegt. Daraus ist in Nordrhein-Westfalen mit maßgeblicher Beteiligung des ersten Ministerpräsidenten des Landes, Wilhelm Amelunxen, bereits 1946 die Landeszentrale für politische Bildung – damals unter den Namen „Staatsbürgerliche Bildungsstelle“ - entstanden.

Die Landeszentrale sollte nach Auffassung der Alliierten stets der Demokratie verpflichtet, aber parteipolitisch unabhängig sein. Das haben die Erfahrungen von Indoktrination und die unvorstellbare Menschenverachtung des Faschismus vorgegeben.

1997 dokumentierten die Landeszentralen für politische Bildung im Münchener Manifest noch einmal gemeinsam ihre Überparteilichkeit, hier heißt es: „Politische Bildung im öffentlichen Auftrag arbeitet pluralistisch, überparteilich und unabhängig“.

Wie fragil die parteipolitische Unabhängigkeit in NRW tatsächlich ist, zeigt sowohl ein wissenschaftlicher Vergleich der rechtlichen Stellung der Landeszentralen als auch die jüngst vom Wissenschaftsministerium umgesetzten Maßnahmen zur Umstrukturierung der Landeszentrale.

Im Vergleich der rechtlichen Stellung der Landeszentralen für politische Bildung in den 16 Bundesländern zeigt Lucas C. Gundling in der „Zeitschrift für Landesverfassungsrecht und Landesverwaltungsrecht“ die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie auf, dass die Landeszentrale in Nordrhein-Westfalen, die in einer Gruppe einer Abteilung eingegliedert ist „...bundesweit – von der Rechtsgrundlage her – die schwächste Stellung einer Landeszentrale gegenüber der Exekutive“ hat (4/2020). In einem späteren Aufsatz aus März 2021 ergänzt er: Im Vergleich sei „die nordrhein-westfälische Landeszentrale in ihrer Arbeit gegen mögliche Durchgriffe der Exekutive kaum geschützt“.

Mit der seit der Regierungsübernahme der Schwarz-Grünen Koalition und den jüngst vorgenommenen Umstrukturierungen wird deutlich, wie schnell diese Möglichkeit des „Durchgreifens“ durch die Exekutive tatsächlich genutzt werden kann und die parteipolitische Unabhängigkeit der Landeszentrale und ihre Eigenständigkeit völlig ausgehebelt wird.

Damit einher geht die Unterordnung der Landeszentrale und ihrer Prinzipien (Kontroversität, Multiperspektivität und Ergebnisoffenheit im Sinn der Meinungsbildungsermöglichung und nicht einer Meinungsvorgabe) unter die Interessen der Exekutive. Eine weisungsgebundene staatliche politische Bildung ist ein Widerspruch in sich. Die Arbeit der Landeszentrale wird so nicht nur fachfremden Erwägungen untergeordnet, sondern fachfremde Personen treffen letztlich die relevanten Entscheidungen über die Ziele, Formate und Projekte.

Dies ist ein in der Geschichte der Landeszentrale NRW einzigartiger Vorgang.

Die Stellung der Landeszentrale wurde schon von vorausgegangenen Regierungen nicht unerheblich eingeschränkt. Entschieden wurde damals, die Landeszentrale in eine Abteilung des Ministeriums einzugliedern. Zuvor wurde sie außerhalb der Linie

geführt. Aber vorherrschend war eine Haltung gegenüber der Landeszentrale, die einen Respekt vor der notwendigen parteipolitischen Unabhängigkeit und Weisungsungebundenheit – trotz aller Auseinandersetzungen - durchhielt.

Gerade wenn die Exekutive mögliche machtpolitische Optionen nicht „zieht“, um demokratische Werte nicht zu gefährden, ist dies ein Verhalten, auf dass Demokratien und ihre Institutionen letztlich angewiesen sind, will man sie selbst nicht gefährden.

Mit der Entscheidung der Schwarz-Grünen Koalition zur Umstrukturierung der Landeszentrale ist dies aber genau passiert.

Eine umgehende Ausgliederung der Landeszentrale aus dem Ministerium ist damit unausweichlich.

Die Umstrukturierungen schwächen die Landeszentrale personell, finanziell und inhaltlich

Relativ schnell nach Amtsübernahme der neuen Regierung wurde die Förderung der Weiterbildungseinrichtungen der politischen Bildung von der Landeszentrale an die Bezirksregierung überführt.

In Nordrhein-Westfalen gibt es ein großes, heterogenes Netz von Weiterbildungsträgern der politischen Bildung und der Erinnerungskultur, das sich über Jahrzehnte herausgebildet hat. Die Einrichtungen standen bisher mit der Landeszentrale für politische Bildung in einem regen Austausch über Inhalte der Bildungsprogramme, neueste Methoden und inhaltliche Schwerpunkte, Kooperationen und natürlich über die Fördermöglichkeiten.

Mit der Förderung der Einrichtungen und Projekten wurde die Weiterbildungslandschaft gestaltet und Richtungen ausgehandelt.

Formate, wie die aufsuchende politische Bildungsarbeit in den Demokratiewerkstätten, Schulprojekte wie Demokratie für mich, die Entwicklung der Print- und Medienformate und Veranstaltungen beispielsweise zu Antisemitismus und

Rechtspopulismus und die zu Wahlen so erfolgreichen Demokratie-Touren, sind in dieser guten Atmosphäre des sich gegenseitigen Bereicherns entwickelt worden. Hier ist in den letzten Jahrzehnten wirklich Innovatives für die politische Bildung entstanden, das bundesweit Beachtung und Nachahmung fand.

Der enge Austausch zwischen den Weiterbildungseinrichtungen und der Landeszentrale ist mit der Abgabe der Förderung an die Bezirksregierung wesentlich gekappt.

Es braucht aber die Landeszentrale als Mittlerin und Interessenvertreterin zwischen den Bildungseinrichtungen untereinander, der öffentlichen Hand und zivilgesellschaftlichen Organisationen, Schulen, Medien und all denen, die sich für eine demokratische Zivilgesellschaft einsetzen. Ein erheblicher Verlust, der sich langfristig negativ auf die Landschaft der politischen Bildung in NRW auswirken wird.

Diese negativen Auswirkungen werden durch die jüngste Entscheidung, nämlich die Förderung der Projekte, die aus dem Bundesprogramm „Demokratie Leben“ unterstützt werden, aus dem Arbeitsbereich der Landeszentrale herauszunehmen, potenziert.

Mit der Förderung aus dem Programm „Demokratie Leben“ werden zivilgesellschaftliche Projekte und Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus und Rassismus unterstützt. Eine zentrale Aufgabe der politischen Bildung. Ziel war es, dass die in Kombination der Projekte mit der aufsuchenden Bildungsarbeit und Veranstaltungsreihen ein innovatives Ganzes ergeben sollte.

10 MitarbeiterInnen – vor allem Rechtsextremismus- und Antisemitismus-ExpertInnen – wurden mit der Verlagerung dieser Förderung aus der Landeszentrale herausgebrochen und in die Stabsstelle der Staatssekretärin ins Ministerium umgesetzt. In der Landeszentrale verbleiben nun 28 Stellen. Was auch im Vergleich zur Größe des Landes und zur Stellenausstattung im Vergleich zu anderen Bundesländern völlig unzureichend ist. In Baden-Württemberg beispielsweise arbeiten in der Landeszentrale 120 Beschäftigte.

Eine Strategie, die der Ausgliederung zugrunde liegt, wurde bis dato nicht offengelegt. Zurück bleibt ein unguter Raum für Spekulationen.

Mit großer Sicherheit wird es um Budgetkürzungen und auch um Millionen von Fördergeldern aus „Demokratie Leben“ gehen, die mit der Verabschiedung des Demokratie-Fördergesetzes thematisch erweitert und erheblich aufwachsen werden. Gerade mit diesen Geldern könnte die aufsuchende politische Bildung strukturell gesichert und ausgeweitet werden.

Neben der personellen Schwächung geht also mit der eingeleiteten Umstrukturierung die finanzielle Schwächung einher, die nicht zu kompensieren ist. All das wird große negative Auswirkungen für die Arbeit der Landeszentrale haben.

Neben der Umstrukturierung wurde darüberhinaus – wie schon beschrieben - eine strenge Kontrolle der inhaltlichen Arbeit der Landeszentrale etabliert. Ziele der Exekutive sind nun Maßstab für die Arbeit der Landeszentrale. Das Durchsetzen der daraus folgenden ministeriellen Logik schränkt die Arbeit der Landeszentrale maßgeblich ein und belastet sie bei extrem begrenztem Personal durch die Einbindung in Ministeriumsaufgaben.

Dies wird neue Projekte der politischen Bildungsarbeit verhindern und führte schon zum Streichen zentraler Projekte.

Ein Beispiel: Das Projekt „Demokratie für mich“.

Ein Projekt zur Förderung der Integration von geflüchteten jungen Menschen.

„Demokratie für mich“ ist ein von der Landeszentrale und dem Pädagogen-Team von 4S neu entwickeltes Konzept zum Demokratielernen.

Entwickelt zunächst für die sogenannten „Flüchtlings- bzw. Internationale Klassen“ an Berufskollegs, die nach 2015 mit dem Ansturm von geflüchteten Jugendlichen konfrontiert waren.

Junge Menschen werden hierbei unterstützt, sich eine Haltung zu Werten des Grundgesetzes und des demokratischen Systems zu erarbeiten.

Im Beirat des Projektes arbeiteten neben den wissenschaftlichen Experten auch VertreterInnen des Schulministeriums mit.

Lehrerinnen und Lehrer an rd. 150 Berufskollegs wurden im Rahmen von „Demokratie für mich“ in den letzten Jahren von der Landeszentrale ausgebildet.

Die Evaluation machte deutlich, dass „Demokratie für mich“ einen Paradigmenwechsel in der Demokratiepädagogik darstellt und ein überaus erfolgreiches Bildungsprojekt war (ist).

Ein Erfolg für die SchülerInnen, LehrerInnen und ein Erfolg für die Demokratie. Dieser Paradigmenwechsel zeigt sich dementsprechend an größeren Räumen angedockt auch in der Konzeption der Demokratiewerkstätten.

Und diese Arbeit wurde nicht weiter durchgeführt.

Obwohl von Seiten der Berufskollegs die Nachfrage nach der Ausbildung von „Demokratie für mich“ gerade auch in sogenannten „Brennpunkt-Schulen“ enorm hoch ist.

Was kann politische Bildung leisten, welche Schwerpunkte sollte sie setzen?

Die Ausgangslage

Die Arbeit der politischen Bildung muss – will sie sinnvoll sein – auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren. Und es gibt Anlass zur Sorge, angesichts der Komplexität der Entwicklungen, die auf die Gesellschaft zukommen.

Die Veränderungen – ausgelöst durch Kriege, Klimawandel, Digitalisierung, Antisemitismus, Rechtspopulismus, künstliche Intelligenz und soziale Ungleichheit - sind nur all zu oft mit dem Gefühl der Unsicherheit, der Unzufriedenheit und/oder dem Verlust von Vertrauen in demokratische Prozesse verbunden. Verhaltene Skepsis bis hin zu aktiv manifestierten Ablehnung gegenüber der politischen Praxis ist in allen Milieus anzutreffen.

Da ändert sich offensichtlich - begleitet durch die Hysterie der sozialen Medien - der Blick auf die Welt und der Selbstwahrnehmung. Parallel dazu, scheint sich die Sehnsucht nach einfachen Antworten zu etablieren. Die beunruhigende Konsequenz ist, dass Verschwörungserzählungen mehr und mehr bei einem zunehmenden Teil

der Bevölkerung verfangen. Eine dynamische Entwicklung, die die unterschiedlichsten Menschen zusammenbringt und jenen Parteien enormen Zulauf bescheren, die die Unsicherheit ausschalten.

Auf diese Entwicklungen muss und kann die politische Bildung reagieren.

Natürlich kann politische Bildung allein die vielschichtigen Aufgaben nicht bewältigen, aber sie kann im Sinne einer aufsuchenden politischen Bildungsarbeit gezielt dorthin gehen, wo das Gefühl von Ohnmacht vorherrscht, wo mehr Debatte und Beteiligung nötig ist und dabei auch die lebenswelt- und alltagsorientierten Fragestellungen mit gesellschaftspolitischen Herausforderungen und politischen Programmen und Strategien in Verbindung gebracht werden, um dies in eigene Entscheidungen und Handeln münden zu lassen.

Politische Bildung kann gerade hier professionell begleitete demokratische Interaktions-Räume anbieten, in denen Wissen über Ursachen und Zusammenhänge vermittelt und politische Urteils- und Handlungsfähigkeit gestärkt und simple Moralisierung vermieden werden, damit der Austausch und die Auseinandersetzung gelingen und Empowerment stattfinden kann.

Die Förderung der demokratischen Haltung, d.h. die Wahrung der Menschenwürde, des gegenseitigen Respekts, die friedliche Konfliktlösung und der Teilhabe am demokratischen Prozess sind Kern dieser Bildungsarbeit.

Für diese Arbeit benötigt politische Bildung Professionalität und damit politische BildnerInnen, die sich fachlich und methodisch auf die herausfordernden Felder begeben können und die in ihrer Profession der Demokratie verpflichtet, aber parteipolitisch unabhängig arbeiten.

Schwerpunkte der Arbeit der Landeszentrale

Landeszentrale für politische Bildung begegnet den gesellschaftlichen Herausforderungen mit der Entwicklung von aufsuchender politischer Bildung, das heißt mit der Etablierung von Demokratiewerkstätten, (bisher) mit der Förderung von Weiterbildungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Projekten und Beratungsstrukturen, der Förderung von Gedenkstätten und der Erinnerungskultur, der Entwicklung und der Durchführung von Veranstaltungsreihen gerade zu den Themen Klimakrise, Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Antisemitismus und der Entwicklung und Distribution von Print- und Digitalen-Medien.

Empfehlungen für kurz- bis mittelfristig umzusetzende Schwerpunkte, die neben den bewährten Formaten der Landeszentrale etabliert werden

Die Empfehlungen werden gegeben für die Arbeit der Landeszentrale, die parteipolitisch unabhängig und eigenständig in ihren Entscheidungen ist. Diese Empfehlungen können selbstverständlich nur umgesetzt werden, wenn ausreichend Personal und Haushaltsmittel der Landeszentrale zur Verfügung gestellt werden.

Empfohlen wird:

- Die aufsuchende politischer Bildung in NRW mit ihren Demokratiewerkstätten, die bundesweit und auch europaweit Aufmerksamkeit erhält, sowohl strukturell, inhaltlich als auch fachpolitisch weiterzuentwickeln und zu stärken. Das schließt eine Erweiterung der konzeptionellen Arbeit und Wissenstransfer von Forschung zu Praxis ein.
- Ein eigenes personell gut ausgestattetes Referat „Aufsuchende politische Bildungsarbeit“ zu etablieren.
- Einen neuen Schwerpunkt auf die Digitalen Medien zu legen, d.h. vor allem einen eigenen TikTok-Kanal der Landeszentrale zu eröffnen und zu bespielen.
- Demokratietouren zu den anstehenden Wahlen (Europa, Bundes- und Landtagswahl) aufzulegen und Haltepunkte mit den Weiterbildungsträgern und Gedenkstätten zu vereinbaren und diese mit den Prozessen vor Ort, z.B. den Demokratiewerkstätten zu verknüpfen.
- Die Demokratietouren mit Demokratiebotschaftern (Persönlichkeiten aus der Kunst-, Kultur- und Medienszene, die für Demokratie einstehen) zu verknüpfen und medial (insbesondere über den eigenen TikTok- und Instagram-Kanal) zu begleiten.
- Das Projekt „Demokratie für mich“ an Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen wieder aufzulegen.

- „Demokratie für mich“ an Schulen in problembelasteten Quartieren einzuführen.

Also:

- Die Landeszentrale als eigenständige Plattform für die anstehenden Diskurse in dem Feld politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen, Entwicklungen und Transformation zu stärken und auszubauen. Sie ist dabei selbstverständlich in das bundes- und europaweite Netz von AkteurInnen in Zivilgesellschaft und Politik eingebunden und wird diese gleichsam stärken

Notwendige politische Entscheidungen

Aus dem Gesagten wird deutlich:

In einer Zeit, in der die Demokratie in einer Breite und Wucht angegriffen wird, wie es noch vor wenigen Jahren nicht vorstellbar war, sollte die Landeszentrale für politische Bildung in NRW gestärkt und nicht geschwächt werden, wie das Wissenschaftsministerium dies tut – in dem sie zentrale Aufgaben, Gelder und Personal der Landeszentrale entzieht.

Es ist ja abzusehen – wie die ZEIT jüngst schrieb – „... dass die Polarisierung zunimmt, nicht täglich, sondern stündlich“. Die für Deutschland und Europa so wichtigen Wahlen sollten Anlass sein, schnellstmöglich all jene Kräfte zu stärken, die sich aktiv um den Erhalt des demokratischen Diskurses praktisch bemühen. D.h. auch die Landeszentrale für politische Bildung NRW zu stärken und angesichts beschriebener Bedrohungen klein wirkendes, ministerium-internes, machtpolitisches Taktieren zu unterlassen und sich auf die realen Herausforderungen zu konzentrieren. Denn Demokratien werden nicht mit Hass und Wut verteidigt, nicht einmal mit Angst.

Das heißt:

- Die Landeszentrale für politische Bildung NRW muss aus dem Wissenschaftsministerium ausgegliedert und in eine exekutivferne Organisationsform (ev. Stiftung oder Parlament) überführt werden.
- Die Förderungen aus dem Bundesprogramm „Demokratie Leben“ und die Förderung „Weiterbildungseinrichtungen der politischen Bildung“ müssen in die Landeszentrale zurückgeführt werden.
- Haushaltsmittel für die Landeszentrale müssen erhöht werden, damit strukturell die aufsuchende politische Bildungsarbeit unterstützt und die digitalen Formate ausgeweitet werden können.
- Das abgezogene Personal muss umgehend wieder in die Landeszentrale eingegliedert und angesichts der Fülle der Aufgaben ein erheblicher Aufwuchs von Personal insbesondere im Medienbereich vollzogen werden.